



# SVP attackiert unverdrossen freien Personenverkehr

Die Wahl von Ueli Maurer in den Bundesrat hindert die SVP nicht daran, die Personenfreizügigkeit zu bekämpfen. Die Partei arbeitet dabei eng mit rechtsbürgerlichen Organisationen zusammen.

## Von Annetta Bundi, Bern

Wer geglaubt hat, die SVP werde sich nach Ueli Maurers Einzug in die Regierung im Abstimmungskampf zur Personenfreizügigkeit mässigen, sieht sich getäuscht. Diese Wahl hält die Partei nicht davon ab, energisch gegen diese Vorlage anzutreten. «Wir haben stets gesagt, dass wir uns für die Rückkehr in die Regierung keine Bedingungen diktieren lassen. Wir ziehen die Kampagne zur Personenfreizügigkeit deshalb wie geplant durch», sagt SVP-Fraktionschef Caspar Baader.

Bei Lukas Reimann, der zusammen mit der Jungen SVP emsig Unterschriften fürs Referendum gesammelt hat, tönt es ähnlich. «Maurers Wahl hat auf unser Engagement keinerlei Einfluss. Wir werden Vollgas geben und nun nicht mit angezogener Handbremse gegen die Vorlage kämpfen.» Das Budget für die Kampagne betrage derzeit 50 000 Franken, so Reimann. Das Geld stamme vorab von Spenden. Von der Mutterpartei gebe es nichts. «Wir müssen alles selber finanzieren.»

Erste Plakatentwürfe stehen bereits. Sie zeigen Schweizer Männer und Frauen, die um einen Job betteln. Und Einbrecher, die mit geklauten Fernsehern aus dem Fenster klettern. Aufgrund der beschränkten Mittel wird die Junge SVP indes vor allem das Internet nutzen: Die Facebook-Gruppe gegen die Personenfreizügigkeit hat laut

Reimann schon weit über 1000 Mitglieder. Die Skeptiker sollen auch mit Youtube-Filmen mobilisiert werden.

Die der SVP nahestehende Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) engagiert sich ebenfalls gegen die Personenfreizügigkeit. «Daran ändert Ueli Maurers Wahl in den Bundesrat nichts», sagt Geschäftsleiter Hans Fehr.

## Teure Spezialzeitung im Druck

Im Sommer wollte Fehr die Auns noch aus der Abstimmung heraushalten. Seit Christoph Blocher und die SVP das Referendum unterstützen, ist aber auch seine Organisation dabei. Sie ist nun sogar bereit, ihre Schatullen zu öffnen. In der über Jahre hinweg alimentierten «Kriegskasse» befinden sich laut Fehr knapp zwei Millionen Franken. Dass der ganze Betrag investiert wird, sei unrealistisch. «Ein Teil kann aber für die Kampagne gegen die Personenfreizügigkeit eingesetzt werden.» Wie viel dafür freigemacht werden soll, wird nächste Woche entschieden.

Die Auns kooperiert eng mit der 1992 im Kampf gegen den EWR-Beitritt gegründeten Unternehmer-Vereinigung, die von Benno G. Huber präsiert wird. Der Zürcher Fabrikant gehört zu den Initianten des im Juni abgelehnten Volksbegehrens

gegen die Behördenpropaganda und war 2001 auch beim Referendum gegen die Armee XXI vorne mit dabei. Damals gab er eine breit gestreute Abstimmungszeitung namens «Gegensteuer» heraus. Das wird diesmal nicht anders sein. Aufgrund der bisherigen Spenden – etwa 100 000 Franken – können rund 520 000 Briefkästen bedient werden. Dies soll in Zusammenarbeit mit der von Ulrich Schlüer geführten «Schweizerzeit» erfolgen. Als Herausge-

berin wird ein überparteiliches Gewerbekomitee vorgeschoben.

Huber hofft, die Auflage noch steigern zu können. Ziel sei, eine Million Exemplare unters Volk zu bringen. Dies ist für die zweite Januarwoche geplant. Dann erhalten alle Haushalte das Abstimmungsmaterial. Um die Aktion zu finanzieren, setzt der Präsident der Unternehmer-Vereinigung vorab auf Spenden – unter anderem von Christoph Blocher. «Ich werde ihn in dieser Sache kontaktieren», sagt Huber. «Mit der Personenfreizügigkeit steht viel auf dem Spiel.»

## Gegenkomitee unter Spuhlers Leitung

Wie stark sich Blocher finanziell für Vorlagen engagiert, die ihm wichtig sind, ist nicht bekannt. Er räumt aber ein, für Wahlen und Abstimmungen Geld locker zu machen. «Das ist mein gutes Recht», erklärte er im November auf Teleblocher. 2005, als das Volk über die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Länder befinden musste, stand er noch auf der andern Seite. Man könne es wagen, sagte er damals als Bundesrat. Heute gehört Blocher zu den schärfsten Kritikern der neuerlichen Ausdehnung.

Das hält die parteiinternen Kontrahenten freilich nicht davon ab, für die Personenfreizügigkeit zu werben. «Es ist wichtig, dass wir Flagge zeigen», sagt der Thurgauer Nationalrat und Unternehmer Peter Spuhler. Im Komitee, das er anführt, sitzen inzwischen rund 30 Personen – darunter auch Hansjörg Walter, der am Mittwoch fast Bundesrat geworden wäre auf Kosten von Ueli Maurer. Der frisch gekürte Magistrat, der bislang für einen Boykott der Abstimmung eingetreten ist, muss nun die Haltung des Kollegiums vertreten.

## Um Mitternacht startet Schengen

Brüssel. – EU-Justizkommissar Jacques Barrot hat die Schweiz im Schengenraum begrüsst. Schengen bedeute mehr Freiheit, aber auch mehr Schutz, sagte der Franzose im Hinblick auf das Ende der Personenkontrollen an den Aussen Grenzen der Schweiz ab Freitag Mitternacht.

Seit dem Start von Schengen vor 20 Jahren habe die Freiheit an den Grenzen nicht zu mehr Kriminalität geführt, sagte Barrot weiter. Wenn erst die Fahndungsdatenbank SIS II eingeführt sei, werde Europa über das weltweit leistungsfähigste System verfügen.

Für die Schweiz bringe der Beitritt

zum Schengenraum aber auch Pflichten mit sich, sagte Barrot und bezog sich dabei auf die Abstimmung über die Personenfreizügigkeit im Februar: «Man kann nicht Barrieren aufhaben und gleichzeitig andere schaffen.» Er wolle nicht drohen, sagte der Justizkommissar. Zwischen der Mitgliedschaft bei Schengen und der Personenfreizügigkeit gebe es zwar juristisch keinen Zusammenhang, politisch aber sehr wohl. Ein Nein zur Personenfreizügigkeit werde mit Schengen nur sehr schwer zu vereinbaren sein.

## Biometrische Pässe als Standard

Zu den Verpflichtungen gehöre auch, bei künftigen Weiterentwicklungen von Schengen mitzumachen. Barrot verwies auf die Abstimmung zu den biometrischen Pässen in der Schweiz im Mai. Er hoffe, dass biometrische Pässe in der Schweiz wie in den anderen Schengenländern die Regel würden.

Anders als alle anderen Schengenmitglieder belässt die Schweiz auch nach dem Ende der Personen- ihre Warenkontrollen. Barrot warnte die Schweizer Behörden davor, die Reisefreiheit unter dem Vorwand von Warenkontrollen zu behindern. (sti.)